Anlage 1

Ausführungen des Kämmerers anläßlich der Etateinbringung 2005 in den Rat der Gemeinde Leopoldshöhe am 27. Januar 2005

(vgl. TOP 5 der Ratssitzung -öffentlicher Teil-)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren !

Ich möchte meine Ausführungen zum Haushalt 2005 mit einem Zitat unseres Bundesfinanzministers Hans Eichel beginnen. Er hat in den letzten Jahren seinen Haushalt wiederholt unter die Überschrift gestellt: "Dieser Haushalt ist auf Kante genäht" und wollte damit zweifellos die engen Finanzierungsspielräume zum Ausdruck bringen. Bezogen auf den Haushalt, den ich Ihnen heute abend vorlege, müßte diese Überschrift noch ergänzt werden, und zwar in etwa wie folgt: "Der Leopoldshöher Etat ist so auf Kante genäht, daß er im Falle eines leichten Gegenwindes während des lfd. Haushaltsjahres, sei es durch nicht vorhersehbare Einnahmeausfälle oder Mehrausgaben, zu platzen droht und die Gemeinde schneller als man z.Z. noch glauben mag mit den uns allen bekannten unangenehmen Begleiterscheinungen eines Haushaltssicherungskonzeptes konfrontiert wird.

Wie kann sich eine Haushaltslage so schnell ändern ? Anläßlich der Haushaltseinbringung 2004 vor ziemlich genau 1 Jahr überwog noch der Optimismus. Seither sind wir in vielerlei Hinsicht, und das meist negativ, überrascht worden. Manche Prognose, insbesondere die zum Wirtschaftswachstum und zur Steuerentwicklung, hat sich leider nicht erfüllt. Die Ergebnisse der Mai- und Novembersteuerschätzungen, die als Grundlage für die Schlüsselzuweisungen und den Anteil an der Einkommensteuer dienen, sprechen eine deutliche Sprache. Sie haben dazu geführt, daß die Ansätze gerade bei diesen Haushaltspositionen deutlich unter den Schätzungen des vergangenen Jahres liegen (allein bei der Gemeinde Leopoldshöhe machte die Differenz zwischen Finanzplanung und Haushalt 2005 eine Differenz von rd. 1,05 Mio.€ aus). Ich denke, diese Zahl muß nicht weiter kommentiert werden. Außerdem habe ich persönlich nicht geglaubt, daß nach den Ankündigungen der Bundesregierung die Arbeitsmarktreform (Stichwort: Hartz IV) bei vielen Kommunen (u.a. auch Leopoldshöhe) zu erheblichen finanziellen Mehraufwendungen führt, obwohl doch Entlastung in Aussicht gestellt wurde; nicht einmal eine Kostenneutralität, wie ich sie vorsichtshalber meiner letzten Finanzplanung für 2005 zugrunde gelegt hatte und davon ausging, damit auf der sicheren Seite zu sein, wurde erreicht; sie ist gegenwärtig in weite Ferne gerückt, wie Sie, meine Damen und Herren, dem Ansatz der Kreisumlage, auf den ich noch im Verlaufe meines Vortrages zu sprechen komme, entnehmen können.

Eine derartige Entwicklung kann man selbst über massive Ausgabekürzungen nicht kompensieren, zumal zu bedenken ist, daß die Gemeinde im 6. Jahr hintereinander erheblichen Sparzwängen ausgesetzt ist, die irgendwann (und dieser Zeitpunkt dürfte sicher bald erreicht sein) zu einer spürbaren Beeinträchtigung der gemeindlichen Handlungs- und Leistungsfähigkeit führen werden.

Daß es noch nicht ganz soweit ist, hängt im wesentlichen -und das ist wirklich ein erfreulicher Aspekt- mit dem guten Rechnungsabschluß 2004 zusammen, der vorrangig aufgrund von erheblichen Gewerbesteuermehreinnahmen entstanden ist. In der Tat hat sich die Gewerbesteuer 2004 positiv entwickelt -allerdings auf niedrigem Niveau (der Haushaltsansatz von 5,95 Mio. € gehört zu den niedrigsten innerhalb der letzten 10 Jahre)-, so daß ein ansehnlicher Überschuß erwirtschaftet werden konnte, der, und das werde ich Ihnen gleich noch etwas näher darlegen, zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes auch dringend gebraucht wird.

Durch die strukturelle Schieflage des Haushaltes 2005 werden Sie gegenüber dem Vorjahr und ebenso im Vergleich zu den Folgejahren in 2005 relativ hohe Volumen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes vorfinden, die durch innere Finanzierungsvorgänge und nicht aufgrund einer besonders günstigen Haushaltssituation hervorgerufen werden. Zum Beispiel muß eine Rücklageentnahme zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes erst den Vermögenshaushalt in Einnahme und Ausgabe durchlaufen, bevor die betreffende Summe an den Verwaltungshaushalt transferiert und dort als Einnahme veranschlagt werden kann. Dies nur als kleiner Hinweis für die vielen neuen Ratsmitglieder unter Ihnen, wenn ich Ihnen sogleich die Haushaltsstruktur erläutere und die einzelnen Zahlungsströme bewerte.

Zunächst einmal darf ich Ihnen den Haushalt 2005 volumenmäßig in Einnahme und Ausgabe vorstellen:

Folie 1

Der Haushalt ist ausgeglichen und entspricht zunächst einmal den Erfordernissen des § 75 Abs. 3 GO NW; danach ist der Haushaltsausgleich Pflicht. Anhand dieser Übersicht können Sie bereits die beträchtlichen Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr 2004 (insgesamt knapp 3,3 Mio.€) erkennen, die mit den von mir zuvor genannten inneren Finanzierungsvorgängen zusammenhängen; sie dienen praktisch insgesamt dem Haushaltsausgleich.

Wenn ich jetzt auf die Strukturen beider Teilhaushalte zu sprechen komme, wird dies noch deutlicher.

Beginnen möchte ich zum besseren Verständnis ausnahmsweise nicht mit dem Verwaltungs-, sondern mit dem **Vermögenshaushalt**.

Folie 2

Von den veranschlagten 6,3 Mio.€ entfallen auf die inneren Finanzierungsvorgänge rd. 2,7 Mio.€, die an den Verwaltungshaushalt zum Zwecke des Ausgleiches transferiert werden. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen:

1. Den **Jahresrechnungsüberschuß 2004** in Höhe von etwa 1,73 Mio.€ (Stichwort: ein Plus bei der Gewerbesteuer in Höhe von knapp 1,0 Mio.€ brutto, wenn auch auf niedrigem Niveau, wie ich eingangs meines Vortrages bereits ausgeführt hatte);

2. Den aus 2004 verbleibenden gemeindlichen Anteil des Lippe-Co-Fonds, in dem die sog. **Wesertal-Erlöse** gespeist sind. Erwartet werden bis Dezember 2005 ca. 470 T€, die als Zuführung und gleichzeitig als Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage über den Vermögenshaushalt dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden.

3. Entnahme von 200 T€ aus dem **jetzigen Bestand der Allgemeinen Rücklage**;

4. Den **Veräußerungserlös** des seit Anfang der 90-iger Jahre für Asylbewerber und -berechtigte genutzten Übergangswohnheimes "Alte Hövenstr. 91". Nach Einschätzung der Verwaltung ist für die Zukunft diesbezüglich kein Bedarf mehr vorhanden, da insbesondere das Objekt "Am großen Holz" über ausreichende Raumkapazitäten verfügt. Nach vorsichtiger Veranschlagung werden die Einnahmen mit 135 T€ prognostiziert, wovon allerdings ca. 40 T€ an die Bezirksregierung Detmold zur Tilgung anteiliger Landesfördermittel abzuführen sind;

5. Umschichtung der nicht benötigten investiven Förderanteile der **Schulpauschale in Höhe von rd. 162 T€**.

Ergebnis: Nach Abzug der 2,7 Mio.€ verbleiben als Volumen des Vermögenshaushaltes lediglich gut 3,6 Mio.€; damit liegt diese Summe noch um rd. 160 T€ niedriger als der vergleichbare Netto-Ansatz 2004 (= rd. 4 %), ein deutliches Indiz für die nach wie vor äußerst engen Finanzierungsspielräume auch im Vermögenshaushalt. Gemessen an dem Volumen 2005 machen die 2,7 Mio.€ immerhin einen Anteil von fast 43 % aus und stellen damit weit vor den Bundes-, Landes- und Kreiszuweisungen, die -sofern sie hoffentlich kassenwirksam werden- etwa 35 % ausmachen, den höchsten Anteil dar.

Rd. 11 % des Investitionsvolumens müssen **fremdfinanziert** werden. Was die Angemessenheit der Kredithöhe anbetrifft, so ist nicht nur die veranschlagte Summe entscheidend, sondern es ist vielmehr ebenso zu prüfen, ob überhaupt die Voraussetzungen für die Kreditaufnahme i.S. der § 76 und 85 GO NW erfüllt sind. Das ist nicht nur in 2005, sondern auch in den Folgejahren im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung der Fall. Im übrigen kann man die veranschlagte Kredithöhe 2005 von 720 T€ sicherlich als unbedenklich ansehen, zumal die Netto-Neuverschuldung nur um knapp 230 T€ überschritten wird und insoweit nicht dramatisch ist, wenngleich ein besseres Ergebnis zweifellos wünschenswert wäre.

An dieser Stelle noch einige Worte zur Schuldenentwicklung überhaupt:

Folie 3

Durch die für 2007 erwartete Kredittilgung für das Baugebiet "Brunsheide Süd" in Schuckenbaum über 1,2 Mio.€ wird die Pro-Kopf-Verschuldung zum Ende des Finanzplanungszeitraumes deutlich abnehmen. Bei der Verschuldung besteht insoweit kein Anlaß zur Besorgnis; die Gemeinde wird auch weiterhin ihren Kreditverpflichtungen in Form von Zinsen und Tilgung nachkommen können.

Was die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes auf der Ausgabenseite anbetrifft, so bitte ich um Verständnis, daß ich aus Zeitgründen auf Einzelheiten nicht eingehen kann; die Einzelheiten finden Sie ausführlich im Vorbericht und natürlich in den Erläuterungen zum Haushalt. Sie werden dabei feststellen, daß es trotz angespannter Finanzlage keinen Stillstand in Leopoldshöhe geben wird.

Ich möchte nunmehr auf den **Verwaltungshaushalt** eingehen.

Hier steht die Gemeinde Leopoldshöhe vor einem außerordentlich schwierigen Haushaltsjahr, um es anders auszudrücken: ganz nah am Haushaltssicherungskonzept. Die Dramatik ergibt sich bereits aus der Höhe der vom Vermögenshaushalt zugeführten Mittel (nämlich die besagten 2,7 Mio.€), was einem Anteil von 11,4 % des Haushaltsvolumens entspricht; 2004 waren es lediglich 5,1 %.

2005 ist aber auch ein Jahr, in dem gegenüber dem Haushalt 2004 viele Negativfaktoren zusammenkommen:

Folie 4

1. **Zunächst ist einmal zu nennen der bekannte Jahresfehlbetrag 2003 über rd. 1,55 Mio.€** als Folge der dramatischen Gewerbesteuereinbrüche und des mit Zustimmung des Fachausschusses nicht getätigten Abrufes der Wesertal-Erlöse in Höhe von rd. 1,2 Mio.€; hier besteht nach den Vorschriften der GemHVO die Verpflichtung der Veranschlagung im Haushaltsjahr 2005 (die Verwaltung hat auf diesen Tatbestand im Rahmen der Rechnungslegung 2003 ausführlich hingewiesen).

2. Trotz zurückgegangener Umlagegrundlagen als Folge der Steuermindereinnahmen steigt die **Kreisumlage** beträchtlich, im wesentlichen hervorgerufen durch die finanziellen Auswirkungen des Sozialgesetzbuches II -Stichwort: Hartz IV-. Selbst unter Berücksichtigung der erzielten Einsparung bei der Sozialhilfe (etwa 300 T€) und eines nicht durch "Hartz IV" beeinflußten Erhöhungsanteils **verbleiben immerhin noch ca. 250 T€**; inwiefern die veranschlagten 152 T€ an Personalkostenerstattungen der Arbeitsgemeinschaft Lippe kassenwirksam werden, ist z.Z. höchst ungewiß, weil das künftig von der Gemeinde in die Arbeitsgemeinschaft abzuordnende Personal gegenwärtig noch nicht feststeht, die 152 T€ stellen sicherlich einen Höchstbetrag dar.

3. Die gravierend zurückgegangenen **Schlüsselzuweisungen** hatte ich bereits erwähnt. Während gegenüber der Finanzplanung die Differenz -750 T€ beträgt, sind es gegenüber dem Ansatz 2004 immerhin auch noch **540 T€**, eine Auswirkung der landesseitig vorgenommenen Kreditierung aus dem vergangenen Jahr vor dem Hintergrund eines erneut rückläufigen Steueraufkommens gegenüber den Ursprungsprognosen aus dem Jahre 2003; ferner schlägt die Sonderförderung Ost, mit der das Gemeindefinanzierungsgesetz in einem Umfang von landesweit 220 Mio.€ befrachtet wird, zu Buche.

4. Ebenso hatte ich bereits den **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** erwähnt. Die Ansätze gehen mit schöner Regelmäßigkeit zurück. **Gegenüber 2004 sind es 121 T€** (das noch vor wenigen Monaten prognostizierte Aufkommen von landesweit 5,1 Milliarden Euro im Vergleich zu jetzt genannten 4,9 Milliarden Euro hätte für Leopoldshöhe immerhin zu Mehreinnahmen in Höhe von ca. 175 T€ geführt).

5. Belastet wird der Haushalt 2005 darüber hinaus durch den Solidarbeitrag **im Rahmen des Fonds Deutsche Einheit** mit zusammen **99 T€** im Vergleich zu 2004.

Ergebnis: **Die hier aufgeführten Haushaltsverschlechterungen** ergeben bereits ein Volumen von annähernd **2,6 Mio.€**. Die Frage stellt sich nunmehr: "Wie können diese 2,6 Mio.€ gedeckt werden" ?

Ein Teil hiervon, nämlich rd. **1,58 Mio.€**, kann aus der gegenüber 2004 höheren Zuführung aus dem Vermögenshaushalt gedeckt werden - verbleiben ungedeckt etwa 1 Mio. €, die vorwiegend über die Gewerbesteuer zu finanzieren sind. Ausgehend vom Rechnungsergebnis in Höhe von rd. 6,9 Mio.€ erscheint daher die für 2005 vorgesehene Summe von 7,1 Mio. € gleich + 200 T€ nicht unrealistisch zu sein, falls die Wachstumsprognosen in etwa zutreffen. Dennoch reichen diese Mehreinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlagen nicht aus, um die Deckungslücke im Verwaltungshaushalt vollständig zu schließen; es verbleibt hiernach ein **Defizit von etwa 70 T€**. Zusätzliche Haushaltsverbesserungen, die an verschiedenen Stellen im Haushalt, sei es in Form von Mehreinnahmen oder Ausgabeeinsparungen, ausgewiesen sind, waren daher vonnöten, um dieses Defizit letzten Endes auszugleichen. Daß dieser Haushalt dennoch **Risiken** enthält, ist ebenso klar. Zum einen muß man den Gewerbesteuerbereich und den Anteil an der Einkommensteuer nennen, aber auch auf der Ausgabenseite sind Risiken nicht auszuschließen. Als Beispiel möchte ich in dem Zusammenhang die **Personalkosten** anführen, bei denen die Verwaltung trotz bevorstehender Tarifverhandlungen eine "Null-Runde" vorgesehen hat, ganz abgesehen von dem Haushaltsrisiko über 152.000 € bei den Personalkostenerstattungen im Zusammenhang mit "Hartz IV".

Ich komme nunmehr zum Schluß meiner Ausführungen. Welches Fazit kann man zum Haushalt 2005 ziehen ? Ich beantworte die Frage wie folgt:

Der Gemeinde Leopoldshöhe steht eines der schwierigsten, wenn nicht sogar das schwierigste Haushaltsjahr der letzten 15 Jahre bevor. Der vom Gesetzgeber geforderte Haushaltsausgleich **ist ohne Steuererhöhungen** (keine Selbstverständlichkeit in der heutigen Zeit) zwar gelungen, allerdings nur unter Inanspruchnahme des nahezu gesamten Bestandes der Allgemeinen Rücklage im Vorgriff auf das Rechnungsergebnis 2004 einschl. der noch zur Verfügung stehenden Restsumme aus dem Lippe-Co-Fonds, die zum Jahresende 2005 auf etwa 470 T€ geschätzt wird, und -wie schon im vergangenen Haushaltsjahr angekündigt- in den Etatentwurf 2005 aufgenommen worden ist. Die Dramatik des gegenwärtigen Haushaltes läßt sich zudem daran erkennen, daß selbst einmal diese Mittel nicht ausreichen, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen, sondern sogar noch Veräußerungserlöse aus dem Übergangswohnheim "Alte Hövenstr. 91" in die Finanzierung einbezogen werden müssen, eine Möglichkeit, die rechtlich zulässig ist, jedoch nur in begründeten Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden sollte.

Eine derartige Notsituation liegt z.Z. meines Erachtens vor, gilt es doch, das drohende Haushaltssicherungskonzept, an dem weder Rat noch Verwaltung gelegen sein kann, abzuwenden. Das ist zunächst einmal mit dem Haushaltsentwurf 2005 gelungen, der Planausgleich -wenn auch nicht strukturell ausgeglichen- stellt ohne Zweifel einen finanziellen Kraftakt dar.

Trotz der äußerst angespannten Haushaltslage, und dies wird gleichermaßen eingangs des Vorberichtes zum Haushalt 2005 deutlich, bleibt die Gemeinde durch den vorliegenden Haushaltsplan handlungsfähig, im Gegenteil, im investiven Bereich werden neue Impulse gesetzt (Beispiele: Die offenen Ganztagsgrundschulen in Nord und Süd, der Straßenbau, die Umsetzung der Gewässerkonzepte für das gesamte Gemeindegebiet oder der Rückbau des Ortszentrums Leopoldshöhe, für den erstmals ein Haushaltsansatz für die Durchführung eines Wettbewerbes vorgesehen ist). Ferner sind auf dem baulichen Unterhaltungssektor die Ansätze noch so bemessen, daß die vielschichtigen Verpflichtungen wahrgenommen werden können. Sollte der eine oder andere Ansatz sogar über der Veranschlagung 2004 liegen, so ist zu bedenken, daß die Gemeinde Leopoldshöhe im 6. Jahr nacheinander einen Sparhaushalt fährt und bestimmte Positionen der Teuerungsrate unterliegen; insoweit wären ständige Ansatzkürzungen unrealistisch (insbesondere gilt dies für die Bewirtschaftungskosten).

Rat und Verwaltung sehen sich daher im 6. Jahr hintereinander großen finanziellen Herausforderungen ausgesetzt, die es erneut zu bestehen gilt. Wünschenswert wäre allerdings eine bessere und damit wirkungsvollere Unterstützung durch Bund und Land; die schon seit Jahren in Aussicht gestellte Gemeindefinanzreform läßt nach wie vor auf sich warten, eine reduzierte Gewerbesteuerumlage allein kann die gravierenden strukturellen Probleme der NRW-Gemeinden nicht lösen. Zu der finanziellen Problematik der Arbeitsmarktreform hatte ich bereits Stellung genommen.

Der Vorbericht schließt mit folgendem Absatz, und den möchte ich an dieser Stelle ebenfalls vortragen:

"Die Kommunen müssen versuchen, zu ihren Gunsten zu mehr Einfluß zu gelangen. Auf Dauer wird mehr Einnahmesicherheit gebraucht, um jederzeit die erforderliche Leistungs- und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten und nicht, wie es bereits bei einem Drittel aller nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden der Fall ist, in der Haushaltssicherung zu verharren, was in aller Regel Stillstand bedeutet."

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen in den nächsten Wochen gute Etatberatungen in ihren Fraktionen und in den Ausschüssen, damit die Verabschiedung des Haushaltes möglichst wie geplant in der nächsten Ratssitzung am 17. März 2005 erfolgen kann.

Leopoldshöhe, den 27. Januar 2005

Folie 1

Die Haushaltssituation 2005

stellt sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2004

volumenmäßig wie folgt dar:

	2005 -EUR-	2004 -EUR-	Veränderung (+/-) in EUR	Veränderung (+/-) in %
Verwaltungshaushalt	23.604.000	21.760.000	+ 1.844.000	+ 8,47
Vermögenshaushalt	6.305.000	4.880.000	+ 1.425.000	+ 29,20
	nachrichtlich: Verpflichtungsermächtigungen i.H.v. 579.000 €			
Gesamthaushalt	**29.909.000**	**26.640.000**	**+ 3.269.000**	**+ 12,27**

Folie 2

Finanzierungsstruktur des Vermögenshaushaltes 2005

1.) **Innere Finanzierungsvorgänge**
(beeinflussen volumenmäßig sowohl die Einnahmen - als die Ausgabenseite)

= 2.696.750 € (43 % des Haushaltsvolumens)

⇓

zum Ausgleich des Vewaltungshaushaltes

- **Rücklagenentnahmen**

a) Jahresrechnungsüberschuß 2004	=	1.730.000 €
b) Wesertalerlöse (Restbetrag)	=	470.000 €
c) Bestandsentnahme	=	200.000 €
		2.400.000 €

- Veräußerungserlöse "Alte Hövenstr. 91" = 135.000 €

- Förderanteil Schulpauschale = 161.750 €

2.696.750 €

⇓

verbleiben von 6.305.000 € netto = 3.608.250 €
(2004 = 3.764.000 €)

2.) **Bundes-, Landes- und Kreiszuweisungen**
= netto nach Abzug des im Inv.- Haushalt verbleibenden Anteils der Schulpauschale
(35 % des Haushaltsvolumens) = 2.211.230 € einschl. Wesertalerlöse v. 470 T€ (durchl. Posten)

3.) **Kredite**
(11 % des Haushaltsvolumens) = 720.000 €

2.931.230 € **(2.461.230 €**
+ 149.250 €
- inv. Teil Schulpauschale-
2.610.480 €

⇓

zur Finanzierung der investiven Ausgaben
(Baumaßnahmen, Beschaffungen, Grunderwerb, Inv.- Zuweisungen)

4.) **Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt**
(8 % des Haushaltsvolumens) = 499.500 €

⇓

zur Finanzierung der Tilgungen

5.) **Sonstige** (vorrangig Erschließungsbeitrage)
(3 % des Haushaltsvolumens) = 177.520 €

Summe **6.305.000 €**

Folie 3

Schuldenentwicklung

Insgesamt gesehen war die Gemeinde Leopoldshöhe mit **Stand vom 31.12.2003** wie folgt verschuldet:

-Schulden ohne Eigenbetriebe: = **9.693.159 €**

-Schulden der Eigenbetriebe (eigenbetriebsähnliche Einrichtungen)

-Wasserwerk	=	681.797 €
-Abwasserwerk	=	10.127.880 €
-LIL	=	2.899.221 €
		13.708.898 €

Zusammen = ***23.402.057 €***

je Einwohner 1.438 €

Gegenüber dem 31.12.2002 erhöhte sich die Pro-Kopf-Verschuldung um 55 €.

Voraussichtliche Entwicklung bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes **31.12.2008:**

-Schulden ohne Eigenbetriebe	=	10.937.159 €
-Wasserwerk	=	641.992 €
-Abwasserwerk	=	10.368.680 €
-LIL	=	990.721 €

Zusammen = ***22.938.552 €***

je Einwohner 1.409 €

Folie 4

Verwaltungshaushalt 2005

Volumen 2005	=	23.604.000 €
./. Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt (Anteil am Verwaltungshaushalt: 11,4 %) - Vergleich 2004 = 5,1 % -	=	2.696.750 €
verbleiben an eigenen Mitteln	=	***20.907.250 €***

zum Vergleich 2004:
21.760.000 € ./. 1.116.000 €

= 20.644.000 €

2005 das Jahr mit vielen Negativfaktoren gegenüber 2004.

Die wesentlichen Haushaltsverschlechterungen:

-	Jahresfehlbetrag 2003	=	1.550.000 €
-	Kreisumlage (netto durch "Hartz IV")	= ca.	250.000 €
-	Schlüsselzuweisungen	=	540.000 €
-	Anteil an der Einkommensteuer	=	120.000 €
-	Solidarbeitrag Fonds Deutsche Einheit	=	100.000 €
		aufgerundet = **ca.**	**2.600.000 €**

Wie können 2,6 Mio.€ gedeckt werden ?

1.	Durch die im Vergleich zu 2004 höhere Zuführung aus dem Vermögenshaushalt (2.696.750 € ./. 1.116.000 €)	= ca.	1.580.000 €
2.	Durch höhere Gewerbesteuereinnahmen auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2004 (netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage)	= ca.	950.000 €
		ca.	2.530.000 €
3.	Erforderliche Haushaltsverbesserungen (Mehreinnahmen/ zusätzliche Ausgabeeinsparungen)	= ca.	70.000 €
			2.600.000 €
